

**zusätzlich erstellte Anlagen zur  
SV 019/2009 "Etat-Beratung 2009"**

---

**AUS**

FACHBEREICH  
FACHBEREICH

**03.03.2009**

PLANUNG • BAUORDNUNG  
BÜRGERSERVICE • ORDNUNG • RECHT

## **KONSOLIDIERUNG DES STÄDTISCHEN HAUSHALTS DURCH PRODUKTORIENTIERTE STEUERUNG IN DEN HAUSHALTSJAHREN 2009 BIS 2013**

(Vergleich Ziele, Kenn- u. Messzahlen s. beigefügte Gegenüberstellung 2008/2009)

### **09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen 09.01 Informelle Planung und Entwicklung 09.01.01 Stadtentwicklungskonzept**

- Nach Abschluss voraussichtlich im Mai 2009 sind keine weiteren Aufwendungen mehr erforderlich. Personalkosten dann beim Produkt 09.02.01 Flächennutzungsplan.
- Die in diesem Jahr noch erforderlichen Aufwendungen für Dienstleistungen werden beim Produkt Flächennutzungsplan abgewickelt.
- Es bestehen kaum noch Steuerungsmöglichkeiten, da weitgehend abgewickelt.

### **09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen 09.01 Informelle Planung und Entwicklung 09.01.02 Konzepte für Teilbereiche**

- Erstellung Spielplatzbedarfsplan durch externes Büro in 2009 (wird beim Produkt Flächennutzungsplan abgewickelt).
- Kosten für die Erstellung eines Rahmenplanes für das städtische Grundstück Winterberg ab 2009.
- Bestandteil sind auch Grünkonzepte und Grünplanungen, die intern erstellt werden sollen. Zur Zeit ist der Personalanteil für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erforderlich, insbesondere zum FNP.
- Steuerung zukünftig durch Verschiebung der Personalanteile nach oder aus 09.02.02 Bodennutzung (Bebauungspläne)
- Für die ggf. 2011/2012 erforderliche Fortschreibung des Einzelhandelsgutachtens sollten 5.000 € berücksichtigt werden zu Lasten des Produktes 09.02.02 Bodennutzung.
- Steuerungsmöglichkeiten durch Veränderungen des Planungsumfanges.

### **09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen 09.02 Formelle Planung und Entwicklung 09.02.01 Flächennutzungsplan**

- Reduzierung der Ansätze für 2009 – 2010 (siehe Begründung zu reduzierten Haushaltsansätzen des FB 5, Stand 05.05.2008)
- Nach Abschluss in 2010 sind keine weiteren Aufwendungen (außer reduzierte Personalkosten für Änderungen des neuen FNP) bis 2013 erforderlich.
- Nach Abschluss des Stadtentwicklungskonzeptes sind die dortigen Personalaufwendungen zum Produkt Flächennutzungsplan zu verlagern.

**09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen**  
**09.02 Formelle Planung und Entwicklung**  
**09.02.02 Bodennutzung**

- Produktbeschreibung siehe Haushaltsplan
- Reduzierung der Ansätze für 2009 – 2013 (siehe Begründung zu Reduzierten Haushaltsansätzen des FB 5, Stand 05.05.2008)
- Steuerung über eine zu erstellende Prioritätenliste (in 3 – 4 Blöcken), in der alle Gebiete in der Stadt aufgelistet werden, die zur Gewährleistung der städtebaulichen Ordnung (siehe BauGB) einer verbindlichen Bauleitplanung bedürfen. Der je nach Intention der Politik benötigte Aufwand (Personal und/oder Sach- und Dienstleistung) ist dann zu berücksichtigen bzw. planbar.
- Siehe auch Produkt 09.01.02. Konzepte für Teilbereiche (Fortschreibung Einzelhandelsgutachten)

**09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen**  
**09.03 Geoinformationen**  
**09.03.01 Geoinformationen**

- Produktbeschreibung siehe Haushaltsplan
- Reduzierungen sind aus Sicht des Fachbereiches nicht möglich, da die Kosten bereits jetzt auf einem geringen Niveau liegen (Ergebnis der intensiven Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung und Nachbarkommunen).

**10 Bauen und Wohnen**  
**10.01 Bauen und Wohnen**  
**10.01.01 Maßnahmen der Bauaufsicht**

- Produktbeschreibung siehe Haushaltsplan
- Steuerungsmöglichkeiten können sein
  - Veränderung der Bearbeitungsdauer von Bauanträgen (2008 im Durchschnitt ca. 7 bis 8 Wochen - bereinigt um "Ausreißer"). Zu berücksichtigen ist dabei die Beteiligung externer Stellen und Behörden.
  - Veränderungen der Beratungsangebote (z. Zt. Im Durchschnitt 1,5 Stunden pro Antrag, erhöht durch diverse Gesetzesänderungen). Dadurch evtl. eine Veränderung der Ablehnungsquote (2008 ca. 3%) möglich. Fraglich ist, ob bei dieser niedrigen Quote ein Aufwand gerechtfertigt ist, der für eine weitere Reduzierung erforderlich wäre.

**10 Bauen und Wohnen**  
**10.01 Bauen und Wohnen**  
**10.01.02 Denkmalschutz und -pflege**

- Zur Zeit kann nur das gesetzlich Notwendige geleistet werden.
- Jede Erweiterung des städtischen Denkmalschutzes (freiwillige Leistungen wie z. B. Forschung, Förderung, Beratung, Erweiterung der Denkmalliste) erfordert mehr Aufwand.

**12 Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV**  
**12.01 Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV**  
**12.01.05 ÖPNV**

- Produktbeschreibung siehe Haushaltsplan
- Zielsetzungen mit vermehrten Angeboten bedingen Veränderungen im Personal- und Sachmitteleinsatz.
- Hinweis: Die ausgewiesenen Erträge aus Zuwendungen werden hier lediglich aus Zuordnungsgründen dargestellt und haben ihren Ursprung in den Versorgungsgewinnen eines Energieversorgers, an dem die Stadt Schwelm beteiligt ist.

**14 Umweltschutz**  
**14.01 Umweltschutz**  
**14.01.01 Umweltschutz**

- Produktbeschreibung siehe Haushaltsplan
- Zielsetzungen mit vermehrten Angeboten bedingen Veränderungen im Personal- und Sachmitteleinsatz.

2008

2009

Produkt	Ziele	Kenn-u. Messzahlen	Ziele	Kenn-u. Messzahlen
09.01.01 Stadtentwicklungskonzept	Erhalt und Fortentwicklung der Lebensverhältnisse in Schwelm bei sich verändernden Rahmenbedingungen, Sicherung der Daseinsvorsorge u. der Handlungsfähigkeit der Stadt	Anzahl der Vollzeitstellen: gesamt 1,96, davon Beschäftigte 1,96; Bürgerforum > 1, Arbeitskreissitzung > 1, Beratungen in Ausschüssen u. Rat > 5	Erhalt und Fortentwicklung der Lebensverhältnisse in Schwelm bei sich verändernden Rahmenbedingungen, Sicherung der Daseinsvorsorge u. der Handlungsfähigkeit der Stadt	Anzahl der Vollzeitstellen: gesamt 0,00, davon Beschäftigte 0,00; Präsentation des Stadtentwicklungskonzeptes: 1
9.01.02 Konzepte für Teilbereiche	Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Daseinsvorsorge, städtebauliche Entwicklung innerstädtischer Flächen	Anzahl der Vollzeitstellen: gesamt 1,35, davon Beamte 0,02 u. Beschäftigte 1,33, Städtebaulicher Rahmenplan > 1; Fachgutachten z. FNP > 3; Stellungnahmen zu Planungen anderer Städte u. Behörden > 20; Auskünfte u. Beratungen > 15; Beratungen in Ausschüssen u. Rat > 5; Erstellung von Straßenplanungen > 5; Radwegekommission > 3; Unfallkommission > 2	Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Daseinsvorsorge, städtebauliche Entwicklung innerstädtischer Flächen, Vertretung städtischer Interessen bei Planungen anderer Behörden u. Institutionen.	Anzahl der Vollzeitstellen: gesamt 1,35, davon Beschäftigte 1,35; Städtebaulicher Rahmenplan > 1 (Bereich Winterberg); Bürgerbeteiligung > 1, Stellungnahmen zu Planungen anderer Städte u. Behörden > 20; Auskünfte u. Beratungen > 15; Beratungen in Ausschüssen u. Rat > 6; (Straßenplanungen, Radwegekommission, Unfallkommission s. 12.01.05)

<p><b>09.02.01 Flächennutzungsplan</b></p>	<p>Sicherung einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung (§ 1 Abs. 5 BauGB)</p>	<p>Anzahl der Vollzeitstellen: gesamt 0,96, davon Beschäftigte 0,96; Bürgerbeteiligungen &gt; 2, Behördenbeteiligungen &gt; 3, Auskünfte/Beratungen &gt;50, Beratungen in Ausschüssen u. Rat &gt; 15</p>	<p>Sicherung einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung (§ 1 Abs. 5 BauGB)</p>	<p><b>Anzahl der Vollzeitstellen: gesamt 2,62, davon Beschäftigte 2,62; Bürgerbeteiligungen &gt; 1, Behördenbeteiligung. &gt; 2, Auskünfte/Beratungen &gt;50, Beratungen in Ausschüssen u. Rat &gt; 12</b></p>
<p><b>09.02.02 Bodennutzung</b></p>	<p>Sicherung einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung (§ 1 Abs. 5 BauGB)  Vorgaben stadtgestalterische Kriterien</p>	<p>Anzahl der Vollzeitstellen: gesamt 1,40, davon Beschäftigte 1,40, Aufstellung v. B-Plänen &gt; 2, Planauskünfte/Beratungen &gt; 350, Planungsrechtliche Stellungnahmen.&gt;200, Beratungen in Ausschüssen u. Rat &gt; 50</p>	<p>Sicherung einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung (§ 1 Abs. 5 BauGB)  Vorgaben stadtgestalterische Kriterien</p>	<p><b>Anzahl der Vollzeitstellen: gesamt 1,72, davon Beschäftigte 1,72, Aufstellung v. B-Plänen &gt; 2, Planauskünfte/Beratungen &gt; 350, Planungsrechtliche Stellungnahmen.&gt;200, Beratungen in Ausschüssen u. Rat &gt; 30</b></p>
<p><b>09.03.01 Geoinformation</b></p>	<p>Grundlagen bereitstellen für Planungen u. Entscheidungen verschiedener Verwaltungsbereiche, Bereitstellung von GIS-Anwendungen f. städtische Fachbereiche.</p>	<p>Anzahl der Vollzeitstellen: gesamt 1,05, davon Beschäftigte 1,05; Kartenauszüge und themat. Pläne &gt; 200 Betreute Anwendungen &gt; 6, Betreute Anwender &gt; 25, Beratungen/ Nachschulungen &gt; 200, Stellungnahmen zu Bauanträgen und Teilungen &gt; 250</p>	<p>Grundlagen bereitstellen für Planungen u. Entscheidungen verschiedener Verwaltungsbereiche, Bereitstellung von GIS-Anwendungen f. städtische Fachbereiche.</p>	<p>Anzahl der Vollzeitstellen: gesamt 1,05, davon Beschäftigte 1,05; Kartenauszüge und themat. Pläne &gt; 200 Betreute Anwendungen &gt; 6, Betreute Anwender &gt; 25, Beratungen/ Nachschulungen &gt; 200, Stellungnahmen zu Bauanträgen und Teilungen &gt; 250</p>

<p><b>Maßnahmen der Bauaufsicht</b></p>	<p>Umsetzung u. Sicherung bauordnungs- u. bauplanungsrechtlicher Vorgaben</p>	<p>Anzahl der Vollzeitstellen: gesamt 6,27, davon Beamte 1,75 u. Beschäftigte 4,52; Baugenehmigungen/ Bauvoranfragen &gt; 200, Abweichung. / Befreiungen &gt; 50, Teilungen &gt; 15, Baulasten &gt; 50, Freistellungsverfahren &gt; 10, Bauberatungen &gt; 700, Einsichtn. Bauaktenarchiv &gt; 70</p>	<p>Umsetzung u. Sicherung bauordnungs- u. bauplanungsrechtlicher Vorgaben</p>	<p><b>Anzahl der Vollzeitstellen: gesamt 6,69, davon Beamte 1,95 u. Beschäftigte 4,74;</b> Baugenehmigungen / Bauvoranfragen &gt; 200, Abweichung. / Befreiungen &gt; 50, Teilungen &gt; 15, Baulasten &gt; 50, Freistellungsverfahren &gt; 10, Bauberatungen &gt; 700, Einsichtn. Bauaktenarchiv &gt; 70</p>
<p><b>10.01.02 Denkmal- und schutz- und Pflege</b></p>	<p>Schutz, Pflege, Überwachung und Erhaltung von Denkmalen</p>	<p>Anzahl der Vollzeitstellen: gesamt 0,30, davon Beschäftigte 0,30; Beratungsgespräche &gt; 15, betreute Denkmale &gt; 186, Anträge/Erlaubnisse &gt; 20, Steuerbescheinigungen &gt; 5</p>	<p>Schutz, Pflege, Überwachung und Erhaltung von Denkmalen</p>	<p><b>Anzahl der Vollzeitstellen: gesamt 0,25, davon Beschäftigte 0,25;</b> Beratungsgespräche &gt; 15, betreute Denkmale &gt; 186, Anträge/Erlaubnisse &gt; 20, Steuerbescheinigungen &gt; 5</p>
<p><b>12.01.05 ÖPNV</b></p>	<p>Gewährleistung d. Mobilität u. d. Verkehrssicherheit, Erschließung Baugebiet Bahnhof Loh, Planung Göckinghofstraße</p>	<p>Anzahl der Vollzeitstellen: gesamt 0,66, davon Beamte 0,05 u. Beschäftigte 0,61 Beratungen ÖPNV: 8</p>	<p>Gewährleistung d. Mobilität u. d. Verkehrssicherheit, Erschließung Baugebiet Bahnhof Loh, Planung Göckinghofstraße</p>	<p><b>Erstellung v. Straßenplanungen = 2, Verkehrsplaner. Stellungnahmen = 100, Auskünfte/Beratungen = 10, Beratungen ÖPNV: 8 Unfallkommission = 2, Beratungen i. Ausschüssen u. Rat = 5, Bürgerbeteiligungen = 4, Behördenbeteiligungen = 4</b>  <b>Anzahl der Vollzeitstellen: gesamt 0,60, davon Beamte 0,00 u. Beschäftigte 0,60</b></p>

<p><b>14.01.01 Umwelt- schutz</b></p>	<p>Berücksichtigung der Um- weltbelange</p>	<p>Anzahl der Vollzeitstellen: Gesamt 0,20, davon Beschäftigte 0,20; Stellungnahmen zu Bauan- trägen &gt; 100 Beteiligungen u. Umweltbe- richte zu Bauleitplänen &gt; 5</p>	<p>Berücksichtigung der Um- weltbelange</p>	<p>Anzahl der Vollzeitstellen: Gesamt 0,20, davon Beschäftigte 0,20; Stellungnahmen zu Bauan- trägen &gt; 100 Beteiligungen u. Umweltbe- richte zu Bauleitplänen &gt; 5</p>
---	---	---	---	---

**Konsolidierung des städtischen Haushalts durch produktorientierte Steuerung  
in den Haushaltsjahren 2009 bis 2013**

Produkte des Fachbereiches 6 -Bürgerservice, Ordnung, Recht –

Abkürzungen:

PsychKG	Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten
OwiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
LHG	Landeshundegesetz
LimSchG	Landesimmissionsschutzgesetz
GewO	Gewerbeordnung

Erläuterung:

Die Kenn- und Messzahlen beziehen sich jeweils auf die Jahresergebnisse 2007 (linke Spalte) bzw. 2008 (rechte Spalte).

**01.01.12      Zentrales Grundstücksmanagement**

Zusammengefasst sind hier der An- und Verkauf von unbebauten Grundstücken, die An- und Verpachtung von Grundstücken, der Erwerb und die Vergabe von Erbbaurechten, die Sicherung und die Einräumung von Rechten an Grundstücken, die Vereinbarung von Baulasten, die Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Grundbuchamt, die Unterhaltung/ Bewirtschaftung/ Verkehrs-sicherung des unbebauten Grundbesitzes einschließlich der Pflege des Grundstücksdatenbestandes im GC-LIS, der Abschluß von sog. Werberechtsverträgen.

Kenn-/Messzahlen

Abgeschlossene Grundstückskaufverträge,	10	10
Bestehende Pachtverträge, (1 Vertrag zum 31.12.08 gekündigt)	51	50
Unbebaute Grundstücke	80	80
Erbbaurechtsverträge (1 Grundstück in 2008 veräußert)	12	11
Vereinbarungen zur Einräumung von Rechten	50	50
Werberechtsverträge	4	4

**ZIELE/(ENTSCHEIDUNGSSPIELRÄUME):**

Neben dem Abschluss und der Betreuung vertraglicher Vereinbarungen, die z.B. für den Straßen- oder Kanalbau oder die Unterhaltung städtischer Einrichtungen auf Grundstücken Dritter erforderlich sind („laufendes Verwaltungsgeschäft“) und der Verwaltung des städtischen Grundbesitzes durch eigene Tätigkeiten und durch Abwicklung des Auftragsverhältnisses zwischen Stadt und TBS-AöR ist Schwergewicht der Verwaltungstätigkeit in diesem Produkt die Vorbereitung, Unterstützung und weitere Umsetzung der städtischen Bauleitplanverfahren durch Erwerb von Erschließungsflächen, ggf. Vorratserwerb von Entwicklungsflächen oder Veräußerung städtischer Flächen nach Überplanung ( Beispiel „Wohnbaugebiet Linderhausen“, aktuell B-Plan Nr. 78 „Haßlinghauser Straße“).

Handlungs- und Entscheidungsspielräume für Rat und Verwaltung bestehen im Hinblick auf eine „aktive Flächen (-bevorratungs- und Entwicklungs-)Politik oder bei der Veräußerung städtischer Flächen durch Festlegung von Vergabekriterien.

## 02.01.01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung

Das Produkt fasst unterschiedlichste Aufgaben der Stadt als „Örtliche Ordnungsbehörde“ zusammen. Hervorzuheben sind insbesondere (vgl. im übrigen Etat) die Aufgaben nach dem PsychKG (Unterbringung psychisch Kranker bei unmittelbarer Eigen- oder Fremdgefährdung), die Sicherstellung der Bestattung Verstorbener ohne Angehörige, die Unterbringung Obdachloser durch Einweisungsverfügung in eine städtische Einrichtung, die Durchführung von Ordnungswidrigkeitsverfahren nach OwiG, LHG, LimSchG, die Kampfmittelbeseitigung sowie sonstige Aufgaben der Gefahrenabwehr.

Kenn-/Messzahlen		
(eingeleitete) Ordnungswidrigkeitenverfahren	102	114*
Kampfmittelbeseitigungsangelegenheiten,	10	10
davon Räumung	1	0
Obdachlosen-Belegungen	2	5
Räumungsanzeigen	10	15
Ordnungsverfügungen Hundeangelegenheiten	2	4
Kontrollen	30	20
Fälle nach PsychKG,	53	45
davon Einweisungen	39	35
Gemeldete Leichen ohne Angehörige	32	35
Fälle Schädlingsbekämpfung	60	55
Fälle Strauch-, Hecken- u. Baumrückschnitt sowie		
Verschmutzungen im öffentlichen Verkehrsbereich	75	70
Fälle Überwachung Reinigungs- und Streupflicht	30	Aufgabe des TBS (neu)
Jugendschutzkontrollen nachts/an Wochenenden	6	5
Vorgänge Ermittlungs- und Außendiensttätigkeiten	800	815
Bußgeldverfahren Schrottfahrzeuge i. öffentl. Verkehrsraum	10	12
Ersatzvornahmen	5	2

*\* bereinigt um die Altfälle aus 2005 und 2006; ca. 20 Verfahren aus 08 sind noch gerichtsanhängig*

### Ziele:

Gefahrenabwehr, Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Rahmen der ordnungsbehördlichen Aufgaben und Befugnisse.

Steuerungsmöglichkeiten ergeben sich im wesentlichen durch den Personaleinsatz, besonders im Außendienst; Entscheidungsspielräume über die Regelungen der „Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Schwelm“ vom 15.07.1983.

## 02.01.02 Gewerbewesen

Zusammengefasst sind hier Gewerbeanzeigen, Führung und Auskünfte Gewereregister, gewerberechtliche Erlaubnisse, Reisegewerbekarten, Heimatfestkirmes, Wochenmarkt, Erlaubnisse für Veranstaltungen, Gaststättenerlaubnisse, Spielhallenerlaubnisse, Ordnungsverfügungen, Bußgeldverfahren, Überwachung erteilter Erlaubnisse und Maßnahmen der Amtshilfe.

Besondere Aufgaben haben sich seit dem Jahr 2006 durch ministerielle Erlasse bei der Untersagung nicht genehmigter Sportwettveranstaltungen ergeben. Die Behörde betreibt derzeit (Stand 5/2008 bis heute) noch 4 Gewerbeuntersagungsverfahren. 1 Verfahren wurden zwischenzeitlich abgeschlossen.

Kenn-/Messzahlen:		
Gewerbeanzeigen	775	766
Bußgeldverfahren	8	38
Wochenmarkt-Tage	104	104
Gaststättenkontrollen	95	75
Spielhallenkontrollen	7	9
Fälle Überwachung Preisauszeichnung	25	21
Betriebsschließungen	3	2
Verträge Heimatfestkirmes	160	141
Frühjahrkirmes“	1	1

Ziel:

Wahrung der Belange der Verbraucher und der Allgemeinheit im Geschäftsverkehr, ebenso der Nachbarn oder Beschäftigten bei öffentlichen Veranstaltungen. Steuerungsmöglichkeiten durch Nutzungserleichterungen ergeben sich beispielsweise durch den Einsatz elektronischer Informationsplattformen für Existenzgründer („GO NRW“) oder den Ausbau des elektronischen Verfahrens für Gewerbemeldung und –auskünfte („Pro Gewerbe“); im Übrigen wie vorstehend (Personaleinsatz).

Gestaltungsspielräume bei der Festsetzung von Nutzungsgebühren (Kirmes, Trödelmärkte als “Marktveranstaltung nach Titel IV der GewO“) oder durch Marktfestsetzungen.

#### **02.01.03 Verkehrsangelegenheiten**

Zusammengefasst sind hier verkehrsrechtliche Genehmigungen, straßenrechtliche Erlaubnisse, verkehrsregelnde Anordnungen, Ausnahmegenehmigungen und Sondernutzungserlaubnisse, Mitwirken bei Unfallkommission und Verkehrsaufklärung.

Kenn-/Messzahlen:

Verkehrsrechtliche Genehmigungen	30	35
Verkehrsregelnde Anordnungen	128	132
Sondernutzungserlaubnisse	250	250

Ziel:

Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs, Mitwirkung bei der Bekämpfung der Gefahren des Straßenverkehrs insbesondere für Kinder und ältere Menschen. Gestaltungsmöglichkeiten über (Mitwirkung an) besondere(n) Programme(n) zur Verkehrssicherheit („Netzwerk Verkehrssicheres NRW“, „Verkehrssicherheitstage“).

#### **02.01.04 Parkraumüberwachung**

Dieses Produkt beschreibt die Aufgaben bei der Überwachung des ruhenden Straßenverkehrs sowie die Ausstellung von Bewohnerparkausweisen und Ausnahmegenehmigungen.

Kenn-/Messzahlen:

Verwarnungen	16.100	19.900
Bußgelder	2.500	2.600
Kostenbescheide	250	210
Bewohnerparkausweise	325	310
Ausnahmegenehmigungen	75	75
KfZ-Abschleppmaßnahmen	32	23

Ziel:

Einhaltung des Parkraumkonzeptes gem. Beschluß des Rates vom 27.6.1996.  
Steuerung über Beschlussfassung zum Parkraumkonzept.  
Ordnung des ruhenden Straßenverkehrs.

## 02.01.05 Bürgerservice

Pflege und Führung des Melderegisters, Ausstellung Ausweis- und Reisedokumente, Fundbüro, Lohnsteuerkarten, Fischereischeine und Lebensbescheinigungen, allgemeine Serviceleistungen für andere Fachbehörden und städtische Dienststellen.

Kenn-/Messzahlen:

Anträge Melderegister	8.737	15.396*
Anträge Personalausweise	2.998	4.150 **
Anträge Reisepässe	1.712	1.548
Bearbeitung Lohnsteuerkarten	1.724	2.146
Anträge Fischereischeine	53	71
Schwerbehinderten-Angelegenheiten	1.144	1.104
Beglaubigungen	2.072	2.113
Angelegenheiten für ausländische Mitbürger	727	624
Fundsachen	128	117
Führerscheinanträge	1.174	1.015

Öffnungszeiten

Öffnungszeiten des Bürgerbüros:

montags, donnerstags	7:30 Uhr bis 18:00 Uhr	} <b>Änderung geplant!</b>
mittwochs, freitags	7:30 Uhr bis 12:00 Uhr	
samstags	10:00 Uhr bis 13:00 Uhr	

\* geringere Zahl für 2007 aufgrund edv-technischen Problems ; Zahl für 2008 ist belastbar !

\*\* Steigerung der Antragszahlen aufgrund „10-Jahres-Rhythmus“ nach Einführung des BPA in neuer Form 1988

Ziel:

„kurze Wege bei Behördenkontakten – möglichst viele Behördenleistungen aus einer Hand“

Steuerungsmöglichkeiten über Öffnungszeiten und Personaleinsatz (= Wartezeit)

Das Bürgerbüro bestand im März 2008 im 10. Jahr. Über die seinerzeit als innovativ empfundene Konzeption und die verschiedenen Maßnahmen der Umsetzung wurde im April ausführlich berichtet.

## **02.01.06 Personenstandswesen**

Dieses Produkt enthält alle Angelegenheiten des Personenstandswesens, namentlich Beurkundung von Geburten, Eheschließungen, eingetragenen Lebenspartnerschaften, Sterbefällen, namensrechtlichen Erklärungen und Mutter- und Vaterschaftsanerkennungen sowie Ausstellen von Ehefähigkeitszeugnissen für deutsche Staatsangehörige und Führen der Testamentskartei.

Kenn-/Messzahlen:

Geburten	639	711
Eheschließungen	161	187
Sterbefälle	744	736
Eingetragene Lebenspartnerschaften	3	4

Ziel:

Rechtliche Dokumentation des Personenstandes. Angebot flexibler Trauzeiten unter Beachtung verwaltungsökonomischer Grundsätze. Gestaltungsspielräume durch ergänzende Angebote zur Gestaltung von Traueremonien. Insoweit Steuerung auch über Personaleinsatz.

## **02.01.08 Brandschutz**

Dieses Produkt enthält alle Angelegenheiten des Feuerschutzes und der technischen Hilfeleistung, des vorbeugenden Brandschutzes, der Mitwirkung beim Katastrophenschutz und der überörtlichen Hilfeleistung.

Kenn-/Messzahlen:

Einsätze	646	584
Einsatzfahrzeuge	16	17*
Aktive Feuerwehrleute	131	147
Aktive Mitglieder Jugendfeuerwehr	28	31

Hauptamtliche (Planstellen)

Brandschutz	17,7 (Schichtdienst)	18,5
	2,0 Tagesdienst	2,0
Allg. RD	8,6	8,6
Bes. RD	7,3	7,3

Stellenbesetzung zum	1.1.2008	1.1.2009
Jahrespraktikanten	2	0
Beamte im Schichtdienst	20	18,5
Beamte im Tagesdienst	2	2
Tariflich Beschäftigte	12	15
davon		
- im RD	4	6
- im feuerwehrtechnischen Dienst	8	9
- Brandmeisteranwärter in der Ausbildung	2	3

\* Neubeschaffung eines GW-Log. ; Altfahrzeug vorübergehend noch im Dienst

Ziel:

Sicherstellung der Schutzziele des Brandschutzbedarfsplans  
Steuerungsmöglichkeit über Beschlussfassung zum Brandschutzbedarfsplan – bei Zugrundelegung grundsätzlicher Vorgaben für Hilfsfristen pp., Gestaltungsspielräume durch besondere Anstrengungen zur Gewinnung weiterer ehrenamtlicher Wehrmitglieder. Bei der anstehenden Beschlussvorlage zur Neufassung des Brandschutzbedarfsplans sollen entsprechende Konzepte vorgestellt werden.

### **01.01.09 Allgemeiner Rettungsdienst**

Rettung, Versorgung und Transport von Notfallpatienten im Rahmen des Vertrages mit dem Ennepe-Ruhr-Kreis als Träger des Rettungsdienstes. Die Aufwendungen der Stadt werden nach Maßgabe des sog. Betriebsabrechnungsbogens vom Kreis erstattet.

Kenn-/Messzahlen:

Einsätze	2.144	2.269
----------	-------	-------

1 Rettungswagen, besetzt „rund um die Uhr“ an 365 Tagen

Personal siehe bei „Brandschutz“

Ziel:

Sicherstellung der Vorgaben des Rettungsdienstbedarfsplans des Kreises  
Steuerung erfolgt(e) durch Beschlussfassung über die Vereinbarung über die Wahrnehmung rettungsdienstlicher Aufgaben zwischen dem Ennepe-Ruhr-Kreis und der Stadt Schwelm (Verw. Vorlage 63/05 zum Rat vom 23.6.2005; die Vereinbarung wurde auf unbestimmte Zeit- mit einer Kündigungsfrist von 2 Jahren zum Ende eines jeden Jahres geschlossen – wegen der kreisweiten Bedeutung der Kündigung einer Gemeinde wurde jedoch eine „Einvernehmensklausel“ aufgenommen)

### **02.01.10 Besonderer Rettungsdienst**

Dieses Produkt enthält die Sicherstellung der notärztlichen Versorgung (Rettungsarzt) von Notfallpatienten in den Städten Gevelsberg, Ennepetal, Breckerfeld, Schwelm und Sprockhövel (südl. Stadtgebiet) im Rahmen des Vertrages mit dem Ennepe-Ruhr-Kreis als Träger des Rettungsdienstes.

Kenn-/Messzahlen:

Einsätze	3.865	4.489
Notarzt-Einsatzfahrzeuge	2	2

Personal siehe bei „Brandschutz“

Ziel/ Steuerungsmöglichkeiten – wie vor

## 12.01.01 Gemeindestraßen, -wege, -plätze

Zusammengefasst sind hier Planung, Bau und Unterhaltung der öffentlichen Gemeindestraßen einschließlich Straßenbeleuchtung, Straßenbegleitgrün und Verkehrssignalanlagen /-einrichtungen, Planung, Errichtung und Unterhaltung der Brücken, Stützwände und Lärmschutzwände, die Erhebung von Erschließungsbeiträgen und Straßenausbaubeiträgen, die Beschaffung von Fördermitteln zu Einzelprojekten, verschiedene Vertragsangelegenheiten (wie Konzessionsverträge, Mitbenutzungsverträge, Aufbruchgenehmigungen, Kreuzungsvereinbarungen) und verschiedene Rechtsangelegenheiten (wie Widmung und Einziehung von Straßen, Schadenersatzansprüche, Kostenerstattungsansprüche bei Beschädigung von Verkehrsanlagen etc.).

Die bauliche Unterhaltung und die Verkehrssicherungspflicht sind den TBS AÖR übertragen.

Kenn-/Messzahlen:

Straßennetz	77,8 km	77,8 km
Fußgänger- und Straßenüberführungen	10	10
Beitragsabrechnungen/Jahr	6 *	1 *
Beitragsbescheide	322 *	73 *
Schadenersatzfälle	60	54

*\* Durchschnitt 2003 – 2007 (=) 7 Verfahren BauGB, KAG p.a. . Für 2008 keine, nach BauGB abzurechnenden Neubauvorhaben; 3 weitere Verfahren nach KAG (geschätzte Einnahme 10 T €) zurückgestellt wegen zusätzlich erforderlichem Anhörungsverfahren – Durchführung 2009. 1 Verfahren (Straßenentwässerung) wegen noch erforderlicher haushaltstechnischer Umstellungen.*

Ziele/Entscheidungsspielräume:

Verbesserung des Bauzustandes für alle Straßen u. Bauwerke entsprechend der Haushaltslage. Optimierung des Mitteleinsatzes durch Standardbestimmung z.B. Straßenbegleitgrün o. Abstimmung von Straßenbaumaßnahmen mit nachfolgenden Beitragsverfahren, bestmögliche Durchsetzung von Ersatzansprüchen bei Beschädigung städtischer Einrichtungen.

Entscheidungsspielräume: Steuerungsmöglichkeiten vorwiegend durch Mittelbereitstellung „in den Grenzen der Verkehrssicherungspflicht der Gemeinde“.

## 12.01.02 Landesstraßen

Zusammengefasst sind hier Planung, Bau und Unterhaltung der städtischen Gehwege und Parkspuren an den Ortsdurchfahrten von Landesstraßen einschließlich der Straßenbeleuchtung und je nach Zuständigkeit auch des Straßenbegleitgrüns, die Erhebung von Erschließungsbeiträgen und Straßenausbaubeiträgen, verschiedene Rechtsangelegenheiten (wie Mitwirkung bei Auf- und Abstufungen, Festsetzung von Ortsdurchfahrten) und verschiedene Vertragsangelegenheiten (wie Bau- und Kostenvereinbarungen mit dem Baulastträger für die Fahrbahn).

Die bauliche Unterhaltung und die Verkehrssicherungspflicht sind den TBS AÖR übertragen.

Kenn-/Messzahlen:

Gehwege und Parkspuren (an Landesstraßen und Bundesstraßen)	13,4 km	13,4 km
--	---------	---------

Ziel:

Verbesserung des Bauzustandes der Gehwege und Parkspuren entsprechend der Haushaltslage.

### 12.01.03 Bundesstraßen

Die vorstehenden Ausführungen für die Landesstraßen gelten auch an dieser Stelle für die Bundesstraßen

### 12.01.04 Parkeinrichtungen

Zusammengefasst sind hier Planung, Bau und Unterhaltung der öffentlichen Parkplätze (Herzogstraße, Neumarkt, Lohmühle und Hauptstraße/Freiherr-vom-Hövel-Weg) einschließlich Straßenbeleuchtung und Begrünung sowie die Erhebung von Erschließungsbeiträgen und Straßenausbaubeiträgen. für diese Verkehrsanlagen. Die bauliche Unterhaltung und die Verkehrssicherungspflicht sind den TBS-AöR übertragen.

Kenn-/Messzahlen:

Gewidmete Parkplätze	4	4
Gesamtfläche	12.886 qm	12.886 qm

[Hinweis: Die Parkflächen Wilhelmstraße und Drosselstraße sind nicht „öffentlich-gewidmet“ und erfasst im Produkt 01.01.12 ]

Ziel:

Erhaltung/Verbesserung des baulichen Zustandes, Sicherstellung der Flächenverfügbarkeit im Rahmen des Widmungszwecks.

Entscheidungsspielräume/Steuerungsmöglichkeiten wurden im Widmungsverfahren ausgeübt. Änderungen mithin nur im „Einziehungsverfahren“.

### 13.01.01 Öffentliche Grünflächen

Zusammengefasst sind hier die Verwaltung und Unterhaltung der Parkanlagen (Martfeld, Brunnen, Wilhelmstraße, Bahnhofstraße, Herzogstraße) (einschließlich besonderer Nutzungen durch Dritte) sowie die Betreuung und Förderung der Dauerklein- gartenanlagen.

Die gärtnerische Pflege und die Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht werden von den TBS AöR im Rahmen eines Auftragsverhältnisses zur Stadt wahrgenommen. Die haushaltstechnische Abwicklung erfolgt über Kostenanforderungen der TBS an den Fachbereich.

Kenn-/Messzahlen:

Städtische Parkanlagen	5	5
Gesamtfläche	83.289 qm	83.289 qm
Private Parkanlage	1	1
Fläche Sophienhöhe	6.477 qm	6.477 qm
auf Grund eines Vertrages vom 23.9./16.10.1981 (Verschönerungsverein)		
Dauerkleingartenanlagen	4	4

Gesamtfläche

156.890 qm

156.890 qm

die an die jeweiligen Kleingartenvereine verpachtet sind.

Ziel:

Den Pflegestandard der Parkanlagen zu erhalten und im Rahmen der Mittelverfügbarkeit verbessern, Gewährleistung jederzeitiger Verkehrssicherheit der Anlagen und Einrichtungen. Entscheidungsspielräume/ Steuerungsmöglichkeiten durch Mittelbereitstellung ( z.B. für weitere Ausstattung) u. Entwicklung weiterer Nutzungsmöglichkeiten ( frühere Beispiele Außengastronomien, „Bouleanlage“, besondere Veranstaltungen in Parkanlagen) ; Vertragsgestaltung, weitere Flächenbereitstellung f. Kleingartenanlagen ( „i.V.m. Bauleitplanung“)

### **13.01.02 Öffentliche Gewässer/ wasserbauliche Anlagen**

In diesem Produkt wird der Unterhaltungsaufwand für die Gewässer („2. Ordnung“) im Schwelmer Stadtgebiet dargestellt. Die Aufgabe ist der Gemeinde durch Gesetz übertragen. Die Gewässerunterhaltung wird als Verbandsaufgabe durch den Wupperverband gegen Erhebung eines Verbandsbeitrages durchgeführt. Im Teilgebiet Linderhausen-Ost (gehört zum Gebiet des Ruhrverbandes) ist die Gewässerunterhaltung den TBS AöR übertragen.

Wasserbauliche Anlagen sind die von den TBS AöR in den vergangenen Jahren gebauten Bachwasserleitungen.

Kenn-/Messzahlen:

Bebaute Gemeindefläche

61,7 ha

61,7 ha

Gemeindefläche

18,03 qkm

18,03 qkm

Ziel:

Naturnahe Erhaltung der Gewässer. Schonender Umgang mit Ressourcen.

Steuerungsmöglichkeiten durch Vertretung der Stadt in den Entscheidungsgremien der Verbände.

Wasserbauliche Anlagen werden über das Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt geplant und umgesetzt.

### **13.01.03 Friedhofs- und Bestattungswesen**

In diesem Produkt werden die Aufwendungen für die Unterhaltung der Anlagen und Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, der Ehrengräber und des jüd. Friedhofs dargestellt und die Landeszuwendungen abgewickelt.

Die gärtnerische Pflege und die Verkehrssicherungspflicht werden überwiegend von den TBS AöR, im Übrigen ( Jüdischer Friedhof, Ehrenanlage Bahnhofstraße) durch private Gartenbauunternehmen ausgeführt.

Die Aufwendungen sollen durch die jeweiligen Landeszuwendungen gedeckt werden.

Kenn-/Messzahlen:

Einzelgräber Ehrenanlage Bahnhofstraße

149

149

Einzelgräber Friedhof Oehde

106

106

Einzelgräber Friedhof Linderhausen

7

7

2.454 qm Jüdischer Friedhof an der Delle

Ziel:

Erhaltung eines würdevollen Zustandes der Gräber und deren Umfeld.

Steuerungsmöglichkeiten vorwiegend über Bereitstellung weiterer städtischer Mittel.

#### 13.01.04 Forstwirtschaft

Dieses Produkt enthält die Planung , Bewirtschaftung und Unterhaltung der Waldflächen der Stadt und des Verschönerungsvereins (Vertrag vom 23.9./16.10.1981).

Die technische Forstbetriebsleitung und die forstliche Betreuung erfolgen durch den Landesbetrieb Wald und Holz.

Die forstliche Durchführung und die Verkehrssicherungspflicht sind den TBS AöR übertragen. „Verwaltungsaufgaben“ wie Wegevereinbarungen, Verfolgung und Regulierung von Schadensersatzansprüchen obliegen dem Fachbereich.

Kenn-/Messzahlen:

Städtische Waldflächen	136 ha	136 ha
Waldfläche Verschönerungsverein	38 ha	38 ha

Ziel:

Erhaltung des Waldes als natürliche Lebensgrundlage für Mensch und Tier.

Kurzfristig die Schäden durch den Sturm „Kyrill“ zu beseitigen unter Inanspruchnahme der von der EU bereitgestellten Fördermittel. Dadurch eine zeitweise Reduzierung des Sachaufwandes bei der Durchforstung und bei der Wegeunterhaltung in den Jahren ab 2009.

Die langfristigen Ziele sind im Rahmen des von der Forstbetriebsleitung vorzulegenden 10-jährigen Forsteinrichtungswerkes festzulegen.

#### 13.01.05 Landwirtschaft

Dieses Produkt enthält die von der Stadt gebauten und zu unterhaltenden Wirtschaftswege.

Die bauliche Unterhaltung und die Verkehrssicherungspflicht sind den TBS AöR übertragen.

Kenn-/Messzahlen:

Wirtschaftswege	12	11 *
Gesamtlänge	9,285 km.	9,285 km

*\* Zwei vormals getrennt geführte Wegeabschnitte wurden namentlich zusammengefasst*

Ziel:

Verbesserung des Bauzustandes entsprechend der Haushaltslage.